



**EXPO2000
HANNOVER**

Die Weltausstellung

Landeshauptstadt

Hannover

Presse- und
Öffentlichkeitsarbeit
im Büro Oberbürgermeister

Rathaus Trammplatz 2 30159 Hannover

Ihre AnsprechpartnerIn:

Telefon | 0511 168
Fax | 0511 168

Hannover

**Beitrag Session 2: Soziale Dimension und Bildung
Konferenz der Oberbürgermeister in Leipzig
9. Oktober, 9:00 Uhr, Museen im Grassi (Konferenzort)
Oberbürgermeister Stephan Weil**

PresseInformation

Anreden

Oberbürgermeister Burkhard Jung,

Kolleginnen und Kollegen Oberbürgermeisterinnen und
Oberbürgermeister,

Damen und Herren,

Wenn es um Bildung geht, denken wir in Hannover gern
an **Gottfried Wilhelm Leibniz**.

Dieser, wohl letzte Universalgelehrte wurde in Leipzig
geboren und lebte viele Jahre dann in Hannover.

Wer Leibniz für unmodern hält – dem sei gesagt:
Auf Leibniz' mathematischen Grundlagen,
dem binären System,
beruht die heutige Computertechnik.

So gesehen ist Hannover natürlich genau der richtige
Gastgeberstadt für die weltgrößte Computermesse, die
CeBIT

Soviel Standortwerbung eines Oberbürgermeisters
einer Messestadt in einer anderen Messestadt ist
hoffentlich erlaubt.

Zurück zu Leibniz. Von ihm stammt das Zitat:

**„Wer seine Schüler das ABC gelehrt, hat eine
größere Tat vollbracht als der Feldherr, der eine
Schlacht geschlagen.“**

Zum Glück leben wir heute – zumindest in Europa – in
einer Situation, in der Leistungen von Feldherren
weitgehend irrelevant geworden sind.

Die Relevanz der Bildung, der Wissensvermittlung, der Forschung hat jedoch enorm zugenommen.

Und zwar aus zwei Gründen:

Erstens: Weil wir in einer wissensbasierten Ökonomie leben.

Und – zweitens- weil Bildung zu einem zentralen Kriterium der Gerechtigkeit in einer Gesellschaft geworden ist.

Unser Land – an dieser Stelle sollten wir auch sagen – unser altes und neues Europa – braucht mehr Bildung, mehr Investitionen in Forschung und Entwicklung wenn wir im internationalen Vergleich wettbewerbsfähig bleiben wollen.

Und – jetzt spreche ich mit Blick auf unser Land – wir brauchen eine gerechtere Verteilung der Bildungschancen. Wir können und dürfen uns den Rückfall in eine undurchlässige Gesellschaftsordnung nicht leisten.

Lässt eine Gesellschaft sozialen Aufstieg faktisch nicht mehr zu, dann verliert diese Gesellschaftsordnung die Berechtigung, sich als sozial zu bezeichnen.

So gesehen brauchen wir – verzeihen Sie mir die militärische Ausdrucksweise – einen Feldzug für mehr Bildung, für bessere Bildung und für ein Bildungssystem, dass allen Kindern – egal aus welchem Elternhaus sie stammen – Chancen auf gute Abschlüsse bietet.

In Abwandlung des Leibniz-Zitats möchte ich – ohne die Leistung von Lehrerinnen und Lehrern zu schmälern – Folgendes sagen:

Wer es schafft, Gesellschaft und Politik zu höheren Bildungsanstrengungen zu bewegen, der – oder die – hat viel mehr geleistet als jeder Feldherr.

Ich will nicht nur auf Bund, Länder und Europa zeigen. Natürlich muss sich unser Wirken in den Kommunen daran messen lassen, ob sozialer Aufstieg durch Bildung ermöglicht wird und gleiche Chancen auf bessere Bildung für alle Menschen verwirklicht werden.

Das ist eine sehr komplexe Aufgabe, eben auch für die Städte.

Das beginnt mit der Stärkung der frühen und individuellen Förderung von Kindern und Jugendlichen in der vorschulischen wie der schulischen Phase beginnen muss.

In diesem Zusammenhang möchte ich darauf verweisen, dass die Realisierung des Rechtsanspruchs auf einen Krippenplatz für westdeutsche Kommunen eine gewaltige Herausforderung darstellt.

Ostdeutsche Kommunen haben hier einen großen Vorsprung.

Wir haben in unseren deutschen Kommunen die Verantwortung für die schulische Infrastruktur – die *Hardware*, wenn wir es in der Computersprache nennen wollen. Hier stehen wir in der Pflicht, für ein lernfreundliches Umfeld zu sorgen. Wer sich Schulgebäude anschaut wird leider viel zu oft zu der Einschätzung kommen, dass hier pflichtwidrig gehandelt wurde.

Wir können es auch ökonomisch ausdrücken:

Es besteht hier ein enormer Investitionsbedarf. Das ist jetzt kein Plädoyer für eine betonorientierte Bildungspolitik.

Aber - ich bin der Auffassung, jeder sollte seine Hausaufgaben machen. Allerdings, auch das will ich hier nicht verschweigen, dafür brauchen wir auch eine entsprechende Finanzausstattung, für die wir in den Kommunen leider nicht selbst sorgen können.

Lassen Sie mich meinen Beitrag mit der Generationenperspektive schließen.

Wenn wir es als Staat nicht schaffen, ein gerechtes Bildungssystem zu schaffen, schreiben wir einen wachsenden Teil der jungen Generationen schlichtweg ab.

Wir sehen zu, wie Kinder aus sozial schwächeren Familien, wie Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund, auf ihrem Weg durch die Bildungsinstitutionen besonders schwer haben.

In den kommenden Jahren werden drei Punkte im Fokus unsere Anstrengungen liegen müssen:

(1) die Übergänge von Jugendlichen zwischen Schule und Arbeit,

(2) die Förderung sozial benachteiligter junger Menschen sowie

(3) die Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund.

Gerade bei letzteren müssen wir besondere Anstrengungen unternehmen, um Sie gleichermaßen an der Bildung teilhaben zu lassen.

40 Prozent der jungen Menschen mit Migrationshintergrund, das sind bundesweit über eine Million, bleiben ohne Berufsausbildung. Das ist nicht nur ein bildungspolitischer Notstand, es ist ein Sprengsatz für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft.

Änderungen im gesellschaftlichen Zusammenhalt spüren wir auf der kommunalen Ebene ganz direkt. Kommunen sind ein Frühwarnsystem gesellschaftlichen Wandels.

Deshalb sage ich: Kinder aus Einwanderfamilien genau wie Kinder aus bildungsfernen Schichten brauchen mehr Förderung.

Lassen Sie uns dieses Problem mit den Mitteln der Pädagogik, der sozialen Arbeit und des bürgerschaftlichen Engagements schaffen. So verhindern wir ganz sicher, dass irgendwann wieder Feldherrn – dann in der Innenpolitik - eine Rolle spielen wollen.